

Die Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zeigt immer klarer, wie sehr sich die österreichische Regierung mit der Annexion Bosniens in die Nesseln gesetzt hat. Die österreichische Industrie, die auf die Export nach den Balkanstaaten angewiesen ist, wird durch die türkische Boykottbewegung schwer betroffen, und wenn diese auf die Dauer auch nicht aufrechtzuerhalten ist, bedeutet der zeitweilige Rückgang des Absatzes in einer Zeit sinkender Konjunktur immerhin eine empfindliche Schädigung der industriellen Unternehmer Oesterreichs.

Ist deshalb diese Annexion als eine bloße Dummheit zu betrachten, vor der man sich ein zweites Mal hüten würde? Wir sind heute nicht mehr in dem alten Glauben befangen, dass die Politik nur ein Spiel der Willkür einzelner Personen, Monarchen oder Minister ist. Wir haben gelernt, hinter den äusseren Ereignissen die wirtschaftlichen Interessen zu suchen. Die politische Geschichte wird durch das Interesse der herrschenden Klasse bestimmt; das Interesse der Kapitalisten gebietet über die Massnahmen der Regierungen.

Zu dieser Theorie stimmt nun aber anscheinend der Schaden nicht den die Annexion Bosniens dem österreichischen Unternehmertum zugefügt hat. Daraus haben Einige geschlossen, dass diese Tataus dynastischen Machtgelüsten herstamme, die und mit kapitalistischen Interessen nichts zu schaffen habe. Andere schlagen den umgekehrten Weg ein und denken: wenn eine kapitalistische Regierung etwas tut, liegt das notwendig im Interesse der Kapitalistenklasse, und daran erkennen wir eben was dieses Interesse ist. Sie versuchen dann nachzuweisen, dass durch die Annexion Bosniens der österreichischen Industrie neue Absatzmärkte geschaffen und zu den alten Absatzmärkten bessere Verbindungswege geöffnet wurden.

Nach dieser Auffassung wäre also jene Tat der Regierung wirklich nichts als eine Dummheit. Die Minister wären dann ungeschickte Diener der Kapitalistenklasse, die zwar versuchen, deren Interesse zu dienen, aber ihrer Herrin durch tölpelhafte Ungeschicktheit mehr Schaden als Vorteil bringen. Unverständlich bleibt dabei, weshalb die Herrin diese unfähigen Diener nicht zum Teufel jagte, weshalb die Vertreter der bürgerlichen Klassen im Parlament die Annexion guthiessen.

Aber auch in anderen Ländern trifft man ähnliche Beispiele an, wie die Kapitalisten offenbar ihr eigenes Interesse nicht verstehen und einer Politik zustimmen, die diese Interessen schädigt. Die deutsche Industrie hat ein Interesse an gute Beziehungen, an ein freundschaftliches Einvernehmen mit den Ländern, wo sie die besten Absatzmärkte findet und womit sie im regsten Handelsverkehr steht. Trotzdem sieht man, wie unsere Kolonial- und Weltpolitik uns mit diesen Ländern verfeindet, nur um den Besitz einiger Kolonien, die als Absatzmärkte nicht ein Hundertstel dessen bedeuten, was unsere Nachbarländer uns bieten könnten. Und unsere Wortführer mögen noch so eindringlich dartun, dass die Kolonien uns mehr kosten als Vorteil bringen, es hilft nichts; die Vertreter der Bourgeoisie sind offenbar für deren eigenen Interessen blind und jubeln der Weltpolitik und den Kolonialabenteuern zu. Haben sie irgend einen Koller im Kopf? Lassen sie sich vielleicht von Phrasen wie Weltmachtstellung und Imperialismus berauschen?

Die Sache liegt so, dass hinter diesen Schlagwörtern auch ein kapitalistisches Interesse steht, kein Interesse des industriellen Absatzes, sondern ein Interesse des kapitalistischen Profits. Nicht zum Warenexport sondern zur Kapitalanlage, zur Ausbeutung der Naturschätze und der Eingeborenen dienen die Kolonien. Nicht als Unternehmer, als Fabrikant hat der Kapitalist Interesse an sie, sondern als Kapitalbesitzer, der möglichst hohe Profite machen will. Der exportierende Unternehmer, der Händler hat Interesse am Frieden, an ein freundschaftliches Verhältnis mit seinen Kunden. Der Kapitalist dagegen, der die Kolonie zur Kapitalanlage benutzt, braucht die politische Herrschaft über Untertanen. Deshalb deckt sich sein Interesse vielfach mit den dynastischen Interessen und den Machtgelüsten der aus dem Feudalismus stammenden Klassen, und scheint die Weltpolitik oft nur ein Ausfluss der letzteren. Dennoch stammte sie aus wohlverstandenen Kapitalinteressen, allerdings ganz anderen Interessen als ~~stammte~~ dem des kapitalistischen Unter-

XLIX.

nehmers an Absatzmärkte. Das Unternehmerinteresse ist eben nur ein besonderer Fall des allgemeinen Kapitalinteresses.

Damit soll nicht gesagt sein, dass jede imperialistische Aktion im Interesse der ganzen Kapitalistenklasse liegt. Diese Klasse zerfällt in mehreren Schichten, von den reichsten und mächtigsten Finanz- und Trustkönigen bis zu den kleinen Unternehmern und Rentiers. Eine Gemeinsamkeit der Interessen hält sie zusammen; die Führung, die unmittelbare Herrschaft übernehmen dabei die grossen Kapitalmonarchen, während das niedere Kapitalistenvolk zusehen muss, dass diese die politische Herrschaft für sich selbst gebrauchen. Die unmittelbare Triebkraft bei allen weltpolitischen Aktionen muss man bei diesen Kapitalistengruppen, Rohstoffsyndikaten und Bankkonsortien suchen, die unmittelbar die Regierung beherrschen und an die Ausbeutung der Naturschätze der neuen Gebiete oder die Erweiterung der Grenzen ihres Monopolgebietes ein unmittelbares Interesse haben. Die Masse der Kapitalisten muss dem zustimmen, weil sie hoffen, dass dabei auch für ihre kleineren Kapitalien ein Stück der grossen Beute abfällt; als Kapitalbesitzer empfinden sie das allgemeine Kapitalisteninteresse, wenn auch Anderen der Löwenanteil zufällt und wenn auch ihr engeres Unternehmerinteresse darunter leiden mag.

Dieses Unternehmerinteresse findet dann bei den Sozialdemokraten eine warme Annahme. Das mag sonderbar erscheinen, erklärt sich jedoch leicht. Die Arbeiter haben kein einziges Interesse daran, dass das Kapital grosse Profite macht; umgekehrt wird der Druck, der auf ihnen lastet, durch den Imperialismus erschwert. Sie haben aber ein augenblickliches Interesse an einer blühenden Industrie, die ihnen gute Arbeitsgelegenheit bietet. Daher treten die Arbeitervertreter in den Parlamenten immer für Verbesserung der freundschaftlichen Handelsbeziehungen der Völker ein, die durch die Eroberungspolitik des profitlüsternen Kapitals gestört werden. Die Richtigkeit ihrer Politik zeigt sich jetzt klar in Oesterreich.

Unsere Genossen verfechten dort eine äussere und innere Politik die die Bewohner der Balkanhalbinsel zu Freunden Oesterreichs machen und der österreichischen Industrie dort ein gutes Absatzgebiet sichern würde. Die herrschenden Klassen betrachten dieses Land wie eine Kolonie, deren Naturschätze und deren ~~vi~~ Bewohner sie ausbeuten möchten. Deshalb haben sie die Hand auf Bosnien gelegt und nur die Konkurrenz anderer Mächte hält sie von weiteren Eroberungen ab. Diese kapitalistische Politik führt nicht nur leicht zu kriegerischen Verwicklungen, sondern tritt, wie sich jetzt zeigt, dadurch dass sie sich die Balkanvölker zu Feinden macht, zu den eigenen Unternehmerinteressen in Widerspruch.

(ap)